

## VORWORT

Das vorliegende Sonderheft der *Politischen Vierteljahresschrift* wäre ohne zahlreiche Hilfen nicht möglich gewesen. Zuerst gilt unser Dank Vorstand und Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), die unserem Thema und unserem Konzept großes Interesse entgegenbrachten und uns auf vielfältige Weise unterstützt haben. Unser besonderer Dank gilt DVPW-Geschäftsführer Felix Wurm, auch für die Geduld, mit der auf manche Verzögerungen gegenüber der ursprünglichen Planung reagiert wurde. Diese waren durch die (leider mittlerweile üblichen) hohen und oft unvorhersehbaren Belastungen im Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb verursacht, einige auch durch die Gründung und den Aufbau von zwei mit dem Thema des Hefts in Zusammenhang stehenden Institutionen, nämlich dem „Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft“ (Jeanette Hofmann) sowie dem Teilbereich „Internet und Gesellschaft“ des *Göttingen Centre for Digital Humanities* (GCDH) an der Universität Göttingen (Andreas Busch). Jeanette Hofmann war zudem als Sachverständige in der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ tätig, die der Deutsche Bundestag im März 2010 eingesetzt hat. Sowohl die Institutionalisierung im deutschen Wissenschaftsbetrieb wie auch die Positionierung auf der Agenda des Parlaments zeigen, dass das Thema Regulierung von Information mittlerweile einen erheblichen Stellenwert gewonnen hat. Unser Dank gilt darüber hinaus unseren „Heimatinstitutionen“, der Universität Göttingen bzw. dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), durch die wir ebenfalls Unterstützung erfahren haben. In Göttingen danken wir insbesondere Elisabeth Luft, Bastian Rohs, Björn Küllmer und Dr. Tobias Jakobi für zahlreiche Hilfen im Zusammenhang mit dem Projekt, in Berlin vor allem Kirsten Gollatz und Chris Reinelt. Ein herzlicher Dank gilt auch der Fritz-Thyssen-Stiftung, die uns durch die Finanzierung einer Autorentagung am WZB im Herbst 2009 die Möglichkeit gab, erste Fassungen der geplanten Beiträge in fünf thematischen Panels sowie einer Plenumsitzung zu diskutieren. Vielen Dank auch an die Gutachterinnen und Gutachter, die uns durch ihre Kommentare halfen, die schließlich in dem vorliegenden Band abgedruckten Beiträge auszuwählen und zu verbessern, und an Beate Bernstein vom Nomos-Verlag, die die Produktion des Bandes betreute und unterstützte. Schließlich und vor allem gilt unser Dank aber den Autorinnen und Autoren des Sonderhefts! Wir hoffen, dass der Band ihren Erwartungen entspricht, und wir hoffen, dass er dazu beiträgt, das Thema der politischen Regulierung von Information weiter im fachlichen Diskurs der deutschen Politikwissenschaft zu verankern.

Unüblicherweise beginnt dieser Band mit zwei Einleitungen. Die Bandbreite der Begriffe und Konzeptionen, die die Literatur zum Thema Informations- und Wissensgesellschaft prägen, spiegeln sich in gewissem Umfang auch in den Herangehensweisen der Herausgeber wider. Anstatt die unterschiedlichen Perspektiven sprachlich einzuebnen, haben wir uns entschlossen, diese im Sinne eines offenen

Diskurses nebeneinander zu stellen. Andreas Busch hat die Beiträge zum Thema Privatheit und Datenschutz betreut, die Einleitung von Jeanette Hofmann bezieht sich auf die Beiträge zu den Themen Wissens- und Informationsregulierung.

Göttingen und Berlin, im März 2012

*Andreas Busch und Jeanette Hofmann*

# EINLEITUNG

## Information und Wissen als Gegenstand oder Ressource von Regulierung

*Jeanette Hofmann*

Die ersten Überlegungen zu diesem Band reichen in die 2000er Jahre zurück, eine Zeit, in der der Digitalisierung zwar ein großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stellenwert beigemessen wurde, aber der Aufstieg „netzpolitischer“ Themen in die Liga der Tagespolitik kaum abzusehen war. Entsprechend bestand die ursprüngliche Absicht dieses Bandes darin, die politikwissenschaftliche Relevanz der Regulierung von Daten, Information und Wissen zu demonstrieren. Im Themenvorschlag für diesen Band schrieben wir: „Den politischen Entscheidungen über die Zugangs- und Nutzungsbedingungen von Information und Wissen werden langfristige Auswirkungen in so verschiedenen Bereichen wie Bildung, Wissenschaft, Gesundheit, Ernährung, Entwicklungshilfe oder technischer Innovationsfähigkeit zugeschrieben. Die Regulierung von Wissen wird daher nicht mehr primär als fachpolitisches Problem wahrgenommen, sondern in einem breiteren Zusammenhang auf ihre Konsequenzen für verbürgte Grundrechte wie die Meinungs- und Informationsfreiheit, die informationelle Selbstbestimmung, aber auch auf verteilungs- und wirtschaftspolitische Effekte bewertet (vgl. Benkler 2006). Die wohlfahrtlichen Effekte der Regulierung von Wissen treten unter den Bedingungen der Informatisierung der Wissenszirkulation stärker zutage als je zuvor. Der Jurist James Boyle (1997) hat die These formuliert, dass der anhaltende Trend zur Informatisierung tiefgreifende Folgen für die gesellschaftliche Organisation von Wissen hat (...) und dass sich die Regulierung von Information und Wissen zu einem politischen Handlungsfeld weiterentwickeln könnte ähnlich wie einst die Belastung von Luft, Gewässern und Böden zur Entstehung der Umweltpolitik geführt hat“ (Busch und Hofmann 2007).

Das Ziel war, einen Überblick über die aktuelle Forschung zu geben und zu zeigen, wie sich die Politikwissenschaft diesem Themenbereich konzeptionell und methodisch nähert, um zur Etablierung von „Politik und Regulierung von Information“ als Forschungsfeld beizutragen. Während die politikwissenschaftliche Bedeutung dieses Bereichs an sich inzwischen nicht mehr gar so begründungsbedürftig erscheint, ist der Bedarf einer „Werkschau“ als Beitrag zur Formierung und Integration des Feldes in den thematischen Kanon der Politikwissenschaft nach wie vor gegeben. So sind die Forschungsaktivitäten im Umfeld von Informations- und Wissenspolitik nach wie vor überwiegend durch angrenzende Disziplinen wie die Rechts-, die Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaft sowie Soziologie und Ethnographie geprägt. Seltener finden sich dagegen genuin politikwissenschaftliche Analysen, die etwa die Formierung eines Regimes oder Politik-

feldes, die Rolle internationaler Organisationen und einzelner Staaten darin, die institutionellen Strukturen und nationalen Spezifika einschließlich der macht-, akteurs- und diskursspezifischen Dimensionen in den Blick nehmen.<sup>1</sup>

Die Literatur zu Information und Wissen als Gegenstand oder auch als Quelle der Regulierung ist durch eine auffällige Begriffs- und Bedeutungsvielfalt geprägt. Zu einem gewissen Grad spiegelt sich die Heterogenität der Annahmen, Problembeschreibungen und Theoriebezüge auch in den hier versammelten Beiträgen wider. Sie beziehen sich zwar alle auf die Phänomene Information und Wissen, aber sie tun dies aus unterschiedlichen Blickwinkeln und berufen sich auf je eigene Fragestellungen und Theorietraditionen. Spezifische Konzepte von Wissen und Information werden dabei in Gesellschaftsbeschreibungen und Gegenwartsdiagnosen eingebettet, die, obwohl sie unbestritten wichtige Strukturmerkmale benennen, untereinander zumeist unverbunden bleiben. Eine vielfach angemerkte Schwäche der Literatur zum Thema Wissens- und Informationsgesellschaft besteht denn auch in der vagen Terminologie, deren Begriffen es an Trennschärfe und nachvollziehbaren Bezügen zur Empirie mangelt: Stimmen die Grenzen der Informationsgesellschaft mit denen der Nationalstaaten überein? Ist also Deutschland eine Informationsgesellschaft oder Europa oder die gesamte Welt? Mit diesen Fragen illustriert Haunss (2011, S. 56-7) das Problem und kommt zu dem Schluss, dass es sich bei der Informationsgesellschaft nicht um ein abgrenzbares empirisches Objekt handele, sondern um eine Metapher „that tries to capture one core aspect that drives current processes of social change. It is – like every metaphor – incomplete, because in any empirical social structure knowledge dynamics are never the only mechanisms that structure the relationships among actors, organizations and institutions“. In ähnlicher Weise argumentieren auch Moldaschel und Stehr (2010, S. 17), die lapidar feststellen, es sei nicht weiter erläuterungsbedürftig, „dass man das Auftauchen der Wissensökonomie, Wissensgesellschaft, Wissensarbeit und so fort nicht als neokolumbianische Entdeckungsgeschichte erzählen kann, sondern als Diskursgeschichte rekonstruieren muss“ (vgl. auch Junge 2008). Die Wissensgesellschaft stellt mit anderen Worten eine „Verständigungsformel“ (Jäger 2007) dar, deren Wirklichkeit sich nicht, oder zumindest nicht allein, aus den einschlägigen Kennziffern zu Wachstum und Niedergang einzelner Wirtschaftssektoren erschließt, sondern auch aus den selbststilisierenden Erzählungen über vergangene Taten und künftige Herausforderungen.

Anstelle einer weiteren Rezeption dieser Erzählungen und ihrer Kritik, die inzwischen vielfach geleistet worden sind (vgl. etwa Kübler 2005; May 2002; Webster 2006 [1995]), wird im folgenden der Versuch unternommen, die Beiträge dieses Bandes entlang zwei grundlegender Problemlagen konzeptionell zu rahmen. Grob vereinfacht betrachtet, kann man in der Literatur wissenspolitische<sup>2</sup> und regulierungspolitische Fragestellungen unterscheiden. In der wissenspoliti-

---

1 Selbstverständlich gibt es Ausnahmen, darunter May 2010, 2006; Haunss und Shadlen 2009; Sell 2003.

2 Der Begriff der Wissenspolitik steht ebenfalls für unterschiedliche Theorieansätze (Maier und Wiesner 2007), die hier jedoch nicht weiter erläutert werden, weil es vorrangig um die Unterscheidung zwischen kognitiven und regulatorischen Perspektiven geht.

schen Perspektive geht es um die inhaltliche oder kognitive Dimension. Wissen ist hier wissenssoziologisch als „wahrheitsgetriebenes Erkenntnisprodukt“ zu verstehen, das auf die Herstellung von kollektiven Gewissheiten zielt (2002, S. 12). Im Zentrum steht dabei das Problem der generellen Unsicherheit von Wissen, konzeptualisiert als die Beziehungen zwischen Wissen und verschiedenen Formen des Nichtwissens. Wissenspolitisch formuliert stellt sich etwa die Frage nach der Gestaltungsmacht von Wissensbeständen, deren Wahrheitsgehalt prinzipiell zweifelhaft bleibt (vgl. Straßheim und Fach in diesem Band). Die regulierungspolitische Perspektive befasst sich demgegenüber mit Information und Wissen als handelbaren Gütern. Problematisiert wird in diesem Kontext nicht der Wahrheitsanspruch, sondern die Bedingungen und (Neben-)Wirkungen der Inwertsetzung von Information: Wie operiert ein Markt für Güter, deren Abgrenzung typischerweise unscharf, deren Entwicklung kumulativ und unendlich, deren Verbreitung nur unter hohen Kosten zu kontrollieren ist und die sich zudem nicht verbrauchen? (vgl. Troy und Werle und Schneider in diesem Band).

### 1. Wissenspolitischer Diskurs

Die Problematik, die dem wissenssoziologisch inspirierten Verständnis der Wissensgesellschaft zugrunde liegt, erschließt sich unmittelbar, wenn man sie mit der Vision der Wissenschaftsgesellschaft der 1960er und 70er Jahre kontrastiert. Die post-industrielle Wissenschaftsgesellschaft, die Autoren wie Bell (1973) und andere vor Augen hatten, beruhte auf der Annahme, dass theoretisches Wissen zur zentralen Ressource wirtschaftlichen und politischen Handelns wird. Mit dem prognostizierten Aufstieg wissenschaftlich generierten Wissens, definiert als „a set of organized statements of facts or ideas, presenting a reasoned judgment or an experimental result“ (1973, S. 175), verband Bell die Erwartung einer rationalen Gesellschaft, die alle wichtigen Entscheidungen auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse treffen würde. Dahinter stand die modernisierungspolitische Vorstellung eines universalen und linearen Strukturwandels von der Agrargesellschaft über die Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft, wie sie auch heute noch gelegentlich in Darstellungen zur Wissensgesellschaft (vgl. etwa Stehr 2003: 234<sup>3</sup>; Bittlingmayer 2005, S. 45-6) und zur Informationsökonomie (vgl. Carlaw 2006 et al, Quah 2003) aufscheint. Die neuere wissenssoziologische Lesart der Wissensgesellschaft hat sich faktisch von allen tragenden Elementen der Bell'schen Zukunftsvision abgewandt und teilt mit dieser kaum mehr als das Etikett (Weingart 2007, S. 37).

Im Unterschied zu den evolutionären Vorstellungen der 1970er Jahre zeichnen sich neuere Betrachtungen der Wissensgesellschaft durch eine Historisierung des Konzepts wie auch durch eine Problematisierung des darin eingebetteten Wissensbegriffs aus. Die Debatte erinnere an ein Stück, „das schon einmal aufgeführt wur-

---

3 Bell hatte die These aufgestellt, die Grundlage gesellschaftlicher Macht habe sich vom Landbesitz (vor-industrielle Gesellschaften), zur Kontrolle von Kapital bzw. Maschinen (industrielle Gesellschaften) und schließlich zur Verfügung über wissenschaftliches Wissen verschoben (Bell 1973, S. 359).

de“, so Stichweh (2004, S. 147). Gefragt wird daher nach den Charakteristika, durch die sich die gegenwärtige Wissensgesellschaft von vorangegangenen Formationen unterscheidet. Den Ausgangspunkt für diese Neubestimmung bildet eine Reformulierung des Wissensbegriffs, die die technokratisch anmutenden Ideale der 1970er Jahre durch die Annahme einer nicht hintergehbaren Unsicherheit und Vorläufigkeit allen Wissens ersetzt. Kategorialen Unterscheidungen zwischen Wissen, Glauben und Intuition wird hierdurch ebenso der Boden entzogen wie der Hoffnung auf lineare Kompetenz- und Rationalitätsfortschritte, wie sie für das Verständnis der Wissenschaftsgesellschaft typisch waren. Entsprechend kann Wissen weder als wachsendes Repertoire gesicherter Fakten, (Bewusstseins-)Inhalte und Fähigkeiten (Wehling 2006, S. 23 in Abgrenzung zu Rehberg), noch als Handlungsvermögen (Stehr 2003, S. 31) angemessen verstanden werden. In Anlehnung an Luhmann<sup>4</sup> schlägt Heidenreich (2003, S. 27) stattdessen vor, Wissen als „lernbereite Deutungsschemata“ zu konzeptualisieren. Bei Wissen handele es sich demnach um kontextgebundene Vorstellungen, die sich jedoch situativ immer neu bewähren müssen. Anders als gesellschaftliche Normen, an denen auch festgehalten wird, wenn die damit verbundenen Erwartungen enttäuscht werden, zeichnet sich Wissen also durch änderungsbereite Gewissheiten aus (Luhmann 1992, S. 137-8).

Wissen bewirkt dementsprechend nicht notwendigerweise eine Reduzierung von Unsicherheit, sondern es generiert neue Formen von Nichtwissen. Wissen und Ungewissheit, so Stichweh (2004, S. 162-3), stehen „in einem Verhältnis wechselseitiger Steigerung. Wissen macht Unsicherheiten sichtbar und stimuliert die Suche nach neuen Weisen des Umgangs mit diesen, die wiederum Wissen produzieren, an dem erneut Erkenntnislücken auffallen, die das Wissen über Ungewissheit steigern“. Nichtwissen wird gemäß dieser Lesart durch wissenschaftliche Erkenntnis unter Umständen sogar gesteigert. Wohl nicht überraschend ist, dass sich diese Zwillingskonstruktion von Wissen und Nichtwissen ausdrücklich abgrenzt gegen ahistorische universalistische Auffassungen, wie sie etwa für die verbreitete Informationsexplosionsthese typisch sind: „Die landläufigen Vorstellungen, dass ein Unternehmensberater oder IT-Experte über mehr Wissen als ein Facharbeiter oder Handwerker verfügt oder dass ein Laptop mehr ‚Wissen‘ enthält als ein Faustkeil, sind sinnlos, da sie objektive Maßstäbe für die Gültigkeit und die ‚Menge‘ von Wissen voraussetzen“ (Heidenreich 2003, S. 26). Die Aufwertung von Nichtwissen zum normalen, erwartbaren Nebenprodukt der Wissensgenerierung widerspricht somit der Vorstellung, die Zunahme von Wissen sei ein konstitutives Merkmal der Wissensgesellschaft. Das Spezifikum der gegenwärtigen Wissensgesellschaft besteht gerade nicht in der „Überflutung von Daten“, sondern in der „Krise des Wissens“, die sich aus dem Mangel an geeigneten Verfahren zur Bewältigung von Nichtwissen ergibt Wilke (2002, S. 18). Eine zentrale Problematik, durch die sich der Diskurs der Wissensgesellschaft von seinen Vorläufern unterscheidet, liegt daher im

4 Luhmann hat Wissen als «kognitiv stilisierter Sinn» (1992: 138) bzw. als „kognitives Erleben stilisierte Erwartungshaltung“ (1992, S. 138-9) definiert. Wie Wehling (2006, S. 24) hervorhebt, bilden kollektive Erfahrungen und Erwartungen Grundelemente in Luhmanns Begriff von Wissen: „Nur was mit (gesellschaftlichen Erfahrungsräumen und Erwartungshorizonten verknüpft und in sie integriert werden kann, kann zum Gegenstand (gesellschaftlichen) Wissens werden.“

Spannungsverhältnis von Wissen und Nichtwissen; eine Thematik, die Beck (2007) aus anderem Blickwinkel als „Risikogesellschaft“ auf den Begriff gebracht hat.

Die gesellschaftliche Erfahrung der generellen „Hypothetizität des Wissens“ (Schulz-Schaeffer und Bösch 2003, S. 16) hat Auswirkungen auf die Rolle der akademischen Forschung. Im Gegensatz zur Bell'schen Wissensgesellschaft, in der theoriegeleitetes Wissen die klar überlegene Wissensform darstellte, ist der einstmalige Sonderstatus wissenschaftlicher Erkenntnis unter den Bedingungen von Ungewissheit ins Wanken geraten. Beobachtet wird eine – durch das Internet noch beförderte – Pluralisierung der Akteure und Verfahren der Wissensproduktion. Wissenschaftliches Wissen unterscheidet sich nicht länger kategorial von der Expertise anderer Organisationen wie Think Tanks oder Stiftungen (Willke 2002, S. 14). In dem Maße, in dem wissenschaftliche Techniken der Reflexion und Systematisierung in andere gesellschaftliche Bereiche diffundieren, lässt sich Weingart (2007, S. 37) zufolge eine „Generalisierung des Handlungstyps wissenschaftlicher Forschung“ beobachten: „...das Prinzip der Forschung, des hypothetischen und experimentellen, lernenden Umgangs mit Informationen in der Gesellschaft [wird] zum allgemeinen Handlungsmodus“ (Weingart 2001, S. 337). Die Dezentrierung der Wissensproduktion gilt als zentrales Strukturprinzip der Wissensgesellschaft (Stichweh 2002, S. 14; Weingart 2001).

Gesellschaftliches und politisches Handeln in der Wissensgesellschaft nimmt demnach einen experimentellen Charakter an (Schulz-Schaeffer und Bösch 2003, S. 16). Dieser macht sich bemerkbar in der Veralltäglichen von Laborsituationen in Form positiv konnotierter Simulations- und Benchmark-Verfahren, zeitlich befristeter Modellvorhaben oder Politiklernenkonzepte (vgl. Fernandez und Meier in diesem Band), mithilfe derer die moderne Gesellschaft gewissermaßen ihre eigenen Unsicherheiten zu bewältigen versucht (Willke 2002, S. 38). Die Aufwertung kollektiver Lernfähigkeit, sei es in Gestalt wirtschaftlicher Innovationsleistungen oder politischer Reformfähigkeit, bezahlt die Wissensgesellschaft allerdings mit einer Tendenz zur Destabilisierung ihrer Strukturen. So diagnostiziert Heidenreich (2003, S. 44) eine erhöhte „Oszillation zwischen Deregulierung und Neuregulierung“.

Auch wenn die Politikwissenschaft der Problematik der Wissensgesellschaft bislang keine große Aufmerksamkeit geschenkt hat (Weingart 2003, S. 90), gibt es doch eine lange Tradition der politischen Expertiseforschung, die konzeptionell nicht nur offen für die Problematik des Nichtwissens ist, sondern diese auch zum Anlass für einen „grundlegenden Perspektivwechsel“ in der Expertiseforschung nimmt (Bogner und Torgersen 2005, S. 12). Die beobachtete Pluralisierung der Wissensformen hat nämlich die einstmalige Befürchtung relativiert, dass wissenschaftliche Expertise den politischen Diskurs kolonialisiere und entdemokratisierende Sachzwänge produziere. Stattdessen besteht heute weitgehender Konsens darüber, dass die Tendenz zur Verwissenschaftlichung der Politik von einer Politisierung der Wissenschaft begleitet wird. Politische Konflikte werden daher bisweilen in der Form von Gutachten und Gegengutachten ausgetragen (Weingart 2001; Saretzki 1997). Eine Folge der wechselseitigen Durchdringung von wissenschaftlicher und politischer Rationalität besteht in der Ritualisierung wissenschaftlicher Expertise bei gleichzeitigem Verlust der Autorität und Glaubwürdigkeit der Experten (Nowotny 2005; Saretzki 2005).



Die stärker methodisch ausgerichtete Wissenspolitologie beruft sich ebenfalls auf die Hypothetizität des Wissens. Der hier zugrundeliegende Wissensbegriff unterscheidet sich vom wissenssoziologischen Verständnis als Deutungskompetenz insofern, als dem Aufstieg von Nichtwissen eine strategische bzw. machtpolitische Dimension zuerkannt wird. Aus Sicht der Wissenspolitologie dient Wissen in der politischen Sphäre vornehmlich der Legitimation politischer Entscheidungen. Im Zeitalter abnehmender Gewißheiten und erodierender Ideologien, so die offenkundig (west)europäisch geprägte These, werden Wissenskonstrukte im politischen Raum „weitgehend wählbar“ (Rüb 2006, S. 348). Wissen wird auf „Wissensmärkten“ gehandelt und als Waffe im politischen Kampf um Deutungshoheiten eingesetzt (ebenda). Daraus ergibt sich als zentrale Frage für die Diskursanalyse, wie sich politische Interessen und Institutionen in konkurrierenden Repertoires von Gegenwarts-, Vergangenheits- oder Zukunftswissen ausdragen.

## 2. Regulierungspolitischer Diskurs

Die zweite Theorieperspektive, die die Artikel in diesem Band reflektieren, orientiert sich an der wirtschaftlichen Bedeutung von Information und Wissen. Kulturelle Werke zirkulieren in der Gesellschaft und sie können als Informationsgüter Gegenstand wirtschaftlicher Transaktionen werden. Dabei steht nicht der Erkenntnisgewinn oder die Handlungsrelevanz von Wissen im Vordergrund, sondern seine Handelbarkeit. In der Wirtschaftswissenschaft wird Information als kodifiziertes Wissen definiert, das sich anders als implizites Wissen übertragen und folglich kommodifizieren lässt: „By the term ‘information’ [...] we will mean knowledge reduced and converted into messages that can be easily communicated among decision agents; messages have ‘information content’ when receipt of them causes some change of state in the recipient, or action. Transformation of knowledge into information is, therefore, a necessary condition for the exchange of knowledge as a commodity“ (Dasgupta und David 1994, S. 11-2). Eine auf die Digitalisierung zugeschnittene, allerdings um die Reaktionen auf der Empfängerseite abgespeckte Definition haben Shapiro und Varian (1999, S. 3) vorgelegt. Demnach ist information „essentially anything that can be digitized--a book, a movie, a record, a telephone conversation“. Die Informationsökonomie artikuliert gewissermaßen die Außenseite, mit anderen Worten die “exteriorized perspective on knowledge” (Knorr Cetina und Prada 2001, S. 30; vgl. auch Callon 1994, S. 398-9), ohne sich für seine Substanz und Wirkung zu interessieren.

Allerdings sperrt sich Wissen auf verschiedene Weise gegen die Warenform. Informationsobjekte gelten als eigenwillige, zuweilen flüchtige Gebilde mit unscharfen Grenzen, die sich substantiell von anderen Handelsgütern unterscheiden (für einen Überblick siehe Hess und Ostrom 2003; David und Foray 2003, S. 38). Ein bekanntes Hindernis bei der Übertragung von Information besteht darin, dass Wissen selten vollständig kodifiziert ist (siehe Troy und Werle und Schneider in diesem Band).<sup>5</sup> Theoriekonstruktionen wie auch Kochrezepte sind aufgrund impliziten

---

5 Die begrenzte Übertragbarkeit von Wissen ist von Polanyi (1958; 1967) als «tacit knowledge» beschrieben und später vielfach in Fallstudien variiert worden (vgl. z.B. MacKenzie und Spinardi 1995).



Wissens nur begrenzt übertragbar und daher mit einem gewissen Anwendungsrisiko behaftet (vgl. dazu Callon 1994). In kodifizierter Form wiederum droht der Warenform das umgekehrte Problem. Vor allem in körperlosem, das heißt heute: im digitalisiertem Zustand zirkulieren Informationsgüter mit solcher Leichtigkeit und Geschwindigkeit, dass ihre Eigentumsfähigkeit regelmäßig in Frage gestellt ist. Der Handel mit Wissen setzt jedoch den Transfer von Eigentums- bzw. Ausschlussrechten voraus. Wenn sich Eigentumsansprüche an Informationsgütern nicht oder nur unvollständig durchsetzen lassen, dann droht der ökonomischen Theorie zu Folge Marktversagen.

Problematisch wird die marktförmige Verwertung von Wissen durch den Umstand, dass sich der Zugang zu Wissen und dessen Nutzung nur unter hohen Kosten kontrollieren lassen und sich überdies Informationsgüter durch Nutzung nicht verbrauchen. Wenn Güter die Kriterien der Nichtausschließbarkeit und der Nichtrivalität bei der Nutzung erfüllen, sprechen Ökonomen von einem öffentlichen Gut (Samuelson 1954). Wissen ist als „quintessential public good“ bezeichnet worden (Drahoš 2004, S. 321; vgl. auch Schneider in diesem Band). Auch wenn physische Trägermedien wie Papier und Vinyl die Durchsetzung der Warenform kultureller Werke bis vor wenigen Jahren merklich erleichtert haben, hat es immer gesetzliche Eingriffe gegeben, um die Märkte für Informationsgüter zu regulieren (vgl. den Überblick von Hesse 2002).

Immaterialgüterrechte wie das Urheber- und Patentrecht, gewähren ein zeitlich befristetes Verwertungsmonopol. Das Urheberrecht regelt traditionell die gewerblichen Beziehungen zwischen den Produzenten und Verwertern von Informationsgütern. Als Folge der Digitalisierung hat sich der Anwendungsbereich des Urheberrechts auch auf solche privaten Handlungen und Akteure ausgedehnt, die zuvor durch sogenannte Schrankenbestimmungen ausgeklammert waren (vgl. Lessig 2010). In der digitalen Umgebung ist die für das Immaterialgüterrecht einst konstitutive Unterscheidung zwischen Produzenten und Konsumenten von Information jedoch praktisch aufgehoben. Seit sich das Produzieren, Kopieren und Veröffentlichen von Information zur Alltagspraxis entwickelt hat, wird dem Urheberrecht die Tendenz zu einer Art „Magna Carta der Informationsgesellschaft“ zugeschrieben, die nahezu alle öffentlichen und privaten elektronischen Kommunikationsakte regelt. Parallel dazu wachsen auch die Regelungsreichweite und Bedeutung des Patentschutzes, weshalb der Informationsökonomie ein Trend zur Privatisierung und Kommerzialisierung von Wissensbeständen attestiert wird (Boyle 2008; Elkin-Koren 2002; aus historischer Perspektive Siegrist und Löhr 2011). Selbst die Herausbildung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung lässt sich dieser Entwicklung zuordnen, sofern Datenschutzregelungen die „Einräumung eigentumsähnlicher Ausschlussbefugnisse bezüglich der ‚eigenen‘ Daten“ beinhalten (Spinner 1994, S. 115). Konsequenterweise kann Datenschutz als Voraussetzung dafür gesehen werden, dass Individuen sich als Händler ihrer persönlichen Daten betätigen können (kritisch dazu Prins 2006).

Die wirtschaftliche Perspektive auf die Herstellung und Verbreitung von Wissen hat vor dem Hintergrund der Digitalisierung ein eigenständiges Verständnis von Informationsgesellschaft hervorgebracht, das mit der Bell'schen Vision der Wissenschaftsgesellschaft zumindest die evolutionäre Orientierung teilt. Im Zen-

trum steht die These einer fundamentalen Transformation von einer materiellen, auf natürlichen Ressourcen basierten Wirtschaftsform zu einer symbolischen, wissensbasierten Ökonomie, deren Wachstums- und Beschäftigungspotentiale zunehmend in innovativen Hochtechnologiebereichen zu finden sind (Powell und Snellman 2004, David und Foray 2002; OECD 1996; Stehr 1994). Konkurrierten Unternehmen in der stark national organisierten Industriegesellschaft um den Zugang zu kostengünstigen Rohstoffen und Arbeitskräften, konzentriert sich der Wettbewerb in der sich globalisierenden Informationsökonomie auf technische Innovationen und die dafür erforderlichen Kompetenzen, Bildungsressourcen und Netzwerke. Wissen, so die verbreitete Auffassung, ist zu einer Schlüsselressource der entwickelten Industrieländer avanciert, die den technischen Fortschritt über die Ländergrenzen hinweg in zunehmender Geschwindigkeit vorantreibt – und entsprechend auch wieder veralten lässt (Powell und Snellman 2004, S. 201). Die digitale Technologie gilt als Inbegriff und Motor dieses auf Dauer gestellten Strukturwandels (vgl. Bittlingmayer 2005, S. 44). Wenn trotz des wirtschaftlichen Fokus dieses Diskurses von *Informationsgesellschaft* die Rede ist, dann aufgrund der weitreichenden gesellschaftlichen Implikationen, die diesem Transformationsprozess zugeschrieben werden (vgl. Carlaw et al. 2006, S. 651-5). Informationstechnologien bilden nicht nur eine wichtige Quelle wirtschaftlicher Prosperität, sondern sie unterstützen einen Wandel der Innovationsprozesse (Benkler 2006; von Hippel 2005) und grundlegender gesellschaftlicher Organisationsstrukturen (Castells 1996; 2009).

Die übergreifende Problematik, die in der Literatur zur Informationsgesellschaft aufscheint, betrifft die Inwertsetzung von Informationsgütern. Das Dilemma der Informationswirtschaft besteht darin, dass die Durchsetzung von Eigentumsrechten Güter verknappt, die aufgrund ihrer Nichtrivalität eigentlich im Überfluss vorhanden sind (David und Foray 2003, S. 38). In dem Maße, in dem Schutzrechte für Informationsgüter tatsächlich effektiv sind und Märkte schaffen, führen sie zu einer Unternutzung von Information und folglich zu Ressourcenverschwendung: “If the creation of intellectual property rights excludes some potential users, there is waste. Some people’s desires will remain unsatisfied even though they could have been assuaged for nothing (or next to nothing)” (David und Foray 2002; vgl. Arrow 1962, S. 617). Die Verknappung von Information beschränkt jedoch nicht nur die Zahl der Nutzer, sondern zudem das Potential der möglichen Nutzungen. Zu den sonderbaren Eigenschaften von Information und Wissen gehört, wie Benkler (2006, S. 37) feststellt, dass Wissen zugleich Input und Output seines Produktionsprozesses bildet: “In order to write today’s academic or news article, I need access to yesterday’s articles and reports. In order to write today’s novel, movie, or song, I need to use and rework existing cultural forms, such as story lines and twists“ (vgl. auch David und Foray 2003). Ausschlussrechte wie der gesetzliche Urheber- und Patentschutz ermöglichen somit den Handel mit Informationsgütern, verteuern und komplizieren aber gleichzeitig den Innovationsprozess.

Das informationsökonomische Dilemma hat eine breite internationale Debatte über das – gesetzlich beeinflussbare – Verhältnis zwischen marktförmiger und nichtmarktförmiger Koordination der Wissensgesellschaft ausgelöst. Davon be-

troffen, und an dieser Diskussion beteiligt, sind unter anderem die Kreativwirtschaft, der Bildungs-, Forschungs-, Agrar- und Gesundheitsbereich sowie die Informations- und Kommunikationsindustrie. Kritische Beobachter konstatieren eine als “second enclosure” (eine Art staatlich abgesicherte “Flurbereinigung” der digitalen Informationslandschaft) charakterisierte Entwicklung zur Propertisierung von Wissen: “We are in the middle of a second enclosure movement (...) True, the new state-created property rights may be ‘intellectual’ rather than ‘real,’ but once again things that were formerly thought of as either common property or uncommodifiable are being covered with new, or newly extended, property rights“ James Boyle (2003, S. 37). Neben den kulturellen und innovationspolitischen Implikationen wird der Privatisierung auch eine demokratietheoretische Dimension zugeschrieben. Der Zugang zu Information im öffentlichen Leben wie auch in Bildung und Forschung beeinflusst die Qualität der politischen Teilhabe und damit die Fähigkeit einer Gesellschaft zur demokratischen Selbstbestimmung (vgl. Drahos & Braithwaite 2002, S. 4).

Die Politikwissenschaft nähert sich der Inwertsetzung von Informationsgütern vor allem aus der Regulierungsperspektive, wie die nachfolgenden Beiträge zeigen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Entwicklung der internationalen und nationalen Regelungen zum Urheberrecht (Fernandez und Meier, Haunss) und zum Patentrecht (Eimer und Philipps, Troy und Werle, Schneider), aber auch private Regulierungsinitiativen in Form technischer Standards und Lizenzverträge (Dobusch und Quack, Hofmann). Private Regelsetzungsautorität durch Standards, Verträge, “Frames” und Diskurse findet erst in den letzten Jahren größerer Aufmerksamkeit in der eher staatszentrierten Regulierungsforschung (Botzem und Hofmann 2010; Black 2008; Kerwer 2005; Moran 2005). Dies trifft gerade auch auf den Bereich des Immaterialgüterrechts zu, der staatlicher bzw. intergouvernementaler Regelungsautorität unterliegt und vorwiegend aus der Perspektive staatlicher Normsetzung untersucht worden ist.

Das alltäglicher werdende ordnungsbildende Zusammenspiel zwischen rechtlichen und technischen Normen im Internet<sup>6</sup> kann in diesem Zusammenhang als empirisch fundiertes Argument für einen breiter angelegten Regulierungsbegriff verstanden werden. Dieser sollte darauf zielen, über einzelne Akteure, Agenturen und Instrumente hinaus umfassende Governance-Arrangements in den Blick zu nehmen. Dabei gilt es, auch auf den ersten Blick politikfern wirkende Akteursgruppen, Koordinationsformen und Handlungsstrategien zu berücksichtigen. Ein Beispiel dafür ist das wachsende (in der Wissenspolitologie bereits angelegte) Augenmerk auf Diskurse als direkte oder indirekte politische Interventionsform (vgl. Dobusch & Quack und Haunss in diesem Band). Bemerkenswert an der Regulierungsperspektive auf die Informationsgesellschaft ist ferner die große Bedeutung globaler Regimes und supranationaler Regelungen. Hier zeigt sich, dass interessenorientierte Ansätze nur eine begrenzte Erklärungskraft für die Politikentwicklung haben und andere Einflussfaktoren wie etwa der Grad der Politisierung einer

---

6 Ein bekanntes Beispiel dafür bilden digitale Rechteverwaltungssysteme, die zur Durchsetzung von Verwertungsrechten in der Vermarktung kultureller Werke zum Einsatz kommen (vgl. Bechthold 2004 sowie den Beitrag von Dobusch & Quack).

Maßnahme (Fernandez und Meier in diesem Band), die Wechselbeziehung zwischen Regulierungspfaden und Geschäftsmodellen (Eimer und Philipps in diesem Band), aber auch Framing-Strategien (Haunss und Dobusch und Quack) herangezogen werden müssen.

### 3. Forschungsdesiderate

Zusammenfassend befördert der Literaturüberblick zum Thema Informations- und Wissensgesellschaft zwei unterschiedliche Problematiken oder Diskurse zutage, die, obwohl beide beanspruchen, zentrale Strukturmerkmale westlicher Gegenwartsgesellschaften zu erfassen, kaum je systematischen Bezug aufeinander nehmen. Die wissenspolitische These der Vorläufigkeit allen Wissens steht der regulierungspolitischen These von Wissen als wirtschaftlicher Schlüsselressource gegenüber. Während der wissenspolitische und –soziologische Diskurs den Sonderstatus wissenschaftlichen Wissens als handlungsleitender Steuerungsressource nachhaltig demontiert hat, lässt sich für den regulierungspolitischen Diskurs die umgekehrte Entwicklung beobachten: Information und Wissen sind hier zu den wichtigsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Produktivkräften avanciert. Man fragt sich, wie diese in der Gesamtschau geradezu paradox wirkenden Gegenwartsdiagnosen zusammenpassen. Kann Wissen zugleich epistemisch unsicherer und wirtschaftlich produktiver werden oder liegen hier übergeneralisierende Beobachtungen vor, die der Realität der Wissens- und Informationsgesellschaft nicht gerecht werden?

Die auf den ersten Blick inkompatiblen Befunde müssen sich freilich nicht vollkommen widersprechen, wenn man die unterschiedlichen Wissens- und Informationsbegriffe der jeweiligen Diskurse in Rechnung stellt. Wissen als Handelsgut und Produktionsfaktor verstanden bemisst seinen Wert an der Wirtschaftskraft, nicht aber an seinem Geltungsanspruch. Die Implikationen von Nichtwissen und Ungewissheit können sich aus dieser Perspektive auch als Antrieb wirtschaftlicher Innovationsdynamik darstellen – ein Mechanismus, der in der Literatur zur Risikogesellschaft beschrieben worden ist. Auch die wissenspolitische Beobachtung der Dezentralisierung der Wissensproduktion und der Verallgemeinerung lerner- und experimenteller Verfahren in Politik und Gesellschaft ergänzt eher die Diagnose von Wissen als ökonomischer Schlüsselressource. Gleichwohl wäre mit Blick auf die Aussagekraft und Deutungsleistung der verschiedenen Theoriebezüge zu wünschen, dass die unterschiedlichen wissens- und informationsorientierten Perspektiven auf die Gegenwartsgesellschaft stärker wechselseitig reflektiert und integriert würden. Diskursanalysen, die darauf zielen, in vergleichender Weise hegemoniale Zeitdiagnosen als Erzählungen zu rekonstruieren und ihre Geltungsansprüche kritisch zu reflektieren, bieten sich hierfür als erster, allerdings nicht hinreichender Schritt an.

Mehr politikwissenschaftliche Forschung wäre weiterhin wünschenswert im Hinblick auf den gesellschaftlichen Wandel und dessen demokratische Qualität im Zusammenhang mit der Entwicklung, Nutzung und Regulierung des Internets. Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung neuer internetbasierter Kommunikationsnetzwerke wie Twitter und Facebook für die Veränderung poli-

tischer Artikulations- und Partizipationsformen (Bieber 2010; Bieber et al 2009; bezogen auf den „arabischen Frühling“ vgl. Anderson 2011; Lotan 2011), aber auch der Aufstieg neuer Parteien und Beteiligungsverfahren wie die Piratenpartei (vgl. dazu Koß in diesem Band) und das von ihr praktizierte Modell der „liquid democracy“ (Seckelmann und Bauer 2012). Auf der transnationalen Ebene besteht Forschungsbedarf im Bereich der Regulierung der Netzinfrastruktur (Bendrath & Mueller 2011; Drezner 2007; Goldsmith und Wu 2006) und der damit zusammenhängenden Entstehung von Multi-Stakeholder Ansätzen und –foren als neuer Form politischer Koordination (Flyverbom und Bislev 2008; Hofmann 2010). Neue Forschungsfragen eröffnen sich schließlich auch im Hinblick auf die Beziehung zwischen kommerziellen und nichtkommerziellen nutzerbasierten Formen der Innovation und der Wissensproduktion. Das rasche Wachstum der Online-Enzyklopädie Wikipedia (vgl. Pentzold 2011), die Verstetigung von Blogs und anderen digitalen Medien ruft geradezu nach politikwissenschaftlichen Analysen, die diese Entwicklung im Hinblick auf die Konstitution politischer Öffentlichkeiten und ihren Einfluss auf den politischen Betrieb beleuchten.

#### 4. Zu den einzelnen Beiträgen

Die Gliederung des Bandes gruppiert die Beiträge entsprechend des untersuchten Typus und der geopolitischen Dimension von Regulierung. Bemerkenswerterweise wird diskursiven Formen politischer Intervention hier ebensoviel Beachtung geschenkt wie rechtlichen Verfahren. Den Anfang machen jedoch fünf Beiträge, die einen breiteren politischen Bezugsrahmen für die Untersuchung von Wissensformationen und Privatheit wählen. Den Auftakt bildet der Beitrag von Strassheim, der sich mit der Beziehung von Wissen und Politik beschäftigt. In deutlicher Distanz zu der optimistischen Annahme, dass wissenschaftliche Expertise eine Steigerung politischer Handlungsrationalität ermöglicht, schlägt Strassheim vor, „Wissens-Macht-Relationen“ in Form von Wissensordnungen zu untersuchen. Die Konzeptualisierung von Wissensordnungen, verstanden als temporäre veränderliche Arrangements der „Produktion, Verteilung, Validierung und Bewertung öffentlich relevanten Wissens“ zeichnet sich dadurch aus, dass Geltungsansprüche wie auch Autoritätszuschreibungen als Produktionsformen „vorläufiger Gewissheiten“ politikanalytisch greifbar werden. Eines der empirischen Beispiele des Beitrags bezieht sich auf evidenzbasierte Politik. Aus der Perspektive von Wissensordnungen besehen besteht die Leistung quantifizierender Verfahren darin, politische Handlungsoptionen und –präferenzen mit epistemischer Autorität zu versehen. Im Zentrum des Artikels steht die Herausarbeitung verschiedener Konzeptualisierungsformen von Wissensordnungen und darauf aufbauend die Entwicklung von Vergleichsdimensionen, die eine forschungspraktische Nutzung und Weiterentwicklung des Konzepts erlauben.

Der Beitrag von Fach beschäftigt sich mit der Wissenschaft der Wissensgesellschaft. Im Glauben an die Verlässlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnis, so der Autor, schreibe die moderne Wissensgesellschaft der Wissenschaft eine systemerhaltende Funktion zu. Daraus ergibt sich die Frage nach den Verfahren, mit deren Hilfe die Wissenschaft ihrerseits die Qualität ihrer Leistungen bewertet. Lose ori-

entiert an der Institution des Berufungsverfahrens, das typischerweise verschiedene Wissensarten einschließt, rekapituliert der Autor drei mehr oder minder Gewissheit generierende Wissenstechniken. In ironischer Anspielung auf die darin eingebetteten professionsspezifischen Neurosen und Unterwerfungsmanöver etikettiert der Autor die jeweiligen „Vergewisserungstechniken“ als Herrschaft des *Ichs*, des *Es* und des *Über-Ichs*. Die erläuterten Schattenseiten aller Verfahren der Qualitätssicherung in der Wissensproduktion veranlassen den Autor, abschließend einen Blick auf neuere, die scientific community entgrenzenden Projekte wie open peer review, open access und Schwarmintelligenz zu werfen. Das ureigene Problem der „Vergewisserungsgesellschaft“, nämlich verlässlich zwischen Rauschen und relevanter Information zu unterscheiden, bleibt dem Urteil des Autors zufolge dabei freilich ungelöst.

Vor dem Hintergrund des weltweiten Trends zur Privatisierung von Wissen befasst sich der Beitrag von Troy und Werle mit der Handelbarkeit von patentiertem Wissen. Im Vordergrund steht dabei die Frage, welchen Einfluss die Patentpolitik auf die Entstehung eines Marktes für kodifiziertes Wissen hat: Lassen sich Patente umstandslos in die Warenform überführen und kommerzialisieren wie andere Wirtschaftsgüter auch? In einem historischen Rückblick zur Patentpolitik zeigen die Autoren, dass die bei aller Ambivalenz der Zielsetzungen doch jeweils der Eigentumsschutz Vorrang gegenüber dem Handel mit technischem Wissen gehabt hat. Die zentrale These von Troy und Werle ist jedoch, dass dem Handel von Patenten grundsätzliche Grenzen gesetzt sind. Eine Ursache dafür besteht in der beschränkten Explizierbarkeit aufgrund der Personengebundenheit von Wissen. Im Anschluss an Polanys Begriff des impliziten Wissens betonen die Autoren die unvermeidliche Unsicherheit im Hinblick auf die Übertragbarkeit, aber auch die Bewertung von neuem technischem Wissen. Weil grundsätzlich unklar ist, in welchem Umfang patentiertes Wissen durch Dritte überhaupt wirtschaftlich genutzt werden kann, wird dieses im Allgemeinen weniger durch Markttransaktionen übertragen als im Rahmen von Kooperationen. Ein signifikanter Anteil solcher Kooperationen findet offenbar innerhalb von Unternehmen statt und kann daher auch anderen Zwecken als dem Wissenstransfer dienen.

Der Beitrag von Schneider befasst sich mit den Begründungszusammenhängen, genauer den Theorien zur Wirkung und Legitimation des Patentschutzes. Ihre Relevanz bezieht diese Thematik aus der Beobachtung, dass der Patentschutz in den letzten Jahren national wie international einerseits ausgedehnt und erheblich politisch aufgewertet worden ist, andererseits aber Gegenstand wachsender Kritik von Seiten wirtschaftlicher wie auch gesellschaftlicher Gruppen ist. Die konstatierte Politisierung des Patentschutzes interpretiert die Autorin als einen Beleg für ihre zentrale These: Der Patentschutz sei durch eine „Janusköpfigkeit“ gekennzeichnet, weil er gleichermaßen erwünschte und unerwünschte Wirkungen hervorbringe. Vor dem Hintergrund dieser These prüft Schneider die verschiedenen Patentrechtstheorien im Hinblick auf ihre mehr oder minder explizit formulierten Annahmen über den Innovationsprozess und die damit zusammenhängenden Ziele und Wirkungen des Patentschutzes. Nicht überraschend ergeben sich dabei zahlreiche Widersprüche und nicht selten inadäquate Konzeptualisierungen von Innovationsvorgängen. Der Beitrag schließt mit einem Plädoyer für die Neukon-



zeption einer Patentrechtstheorie, die sich auf die Sozialvertragsidee besinnt, die dem europäischen Modell zugrunde liegt. In einer solchen Neuformulierung sieht Schneider die Chance für einen Zugewinn an demokratischer Legitimation, sofern diese die inhärenten Interessenkonflikte und die janusköpfige Wirkung von Schutzrechten anerkennt.

Am Beispiel von Google Books, einem kommerziellen Projekt zur Digitalisierung und Neuvermarktung vergriffener Bücher, untersucht Hofmann die Transformation von Kultur- und Informationsgütermärkten aus einer Governance-Perspektive. Der analytische Gewinn des Governance-Ansatzes wird in der Dezentrierung politischer Normsetzungsautorität gesehen, die auch private Regulierungsakteure berücksichtigt. Der Beitrag stellt Google Books als einen, wenn gleich gescheiterten Versuch des „private ordering“ in der Informationsökonomie dar, der auf die Inwertsetzung von Nutzungsrechten zielt. Die Kommodifizierung von Nutzungsrechten ist ein Trend, der sich auch über die Informationswirtschaft hinaus beobachten lässt: An die Stelle des herkömmlichen Eigentumstransfers tritt die Nutzungslizenz, die das Informationsgut definiert und eine dauerhafte Beziehung zwischen Anbieter und Käufer etabliert. Der Aufstieg des Lizenzvertrags als Ordnungsinstrument für Kulturgütermärkte, so die Autorin, bedeutet eine Verlagerung regulatorischer Autorität zugunsten der Anbieter von Informationsgütern und zulasten gesetzlicher Regelungen. Paradoxerweise könnte sich somit die effektive Steuerungsleistung des Urheberrechts vermindern während seine mediale und politische Bedeutung stetig zunimmt.

Auch der Beitrag von Dobusch und Quack beschäftigt sich mit nicht-staatlichen Modifikationen des Urheberrechts. Wie die Autoren feststellen, werden die Auseinandersetzungen über die Verfügungsrechte von Informationsgütern längst nicht mehr nur in politischen Arenen der nationalen oder intergouvernementalen Regelsetzung geführt, sondern sie findet auch auf gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Terrain statt. Technische Standards wie auch Lizenzverträge lassen sich als private Regulierungsinitiativen verstehen, die darauf zielen, über gesetzliche Regelungen hinaus neue politische Möglichkeitsräume zu eröffnen. Die Autoren wählen zwei Fallbeispiele für private, politisch jedoch diametral entgegengesetzte Standardisierungsinitiativen: die von der Urheberrechtskoalition entwickelte Digital Rights Management (DRM) Technologie zur Durchsetzung gesetzlich verbriefter Verwertungsrechte und die Creative Commons Lizenzfamilie, mit deren Hilfe die amerikanische „Fair-Use Koalition“ versucht, der Privatisierung von Kulturgütern entgegenzuwirken. Den Erfolg solcher Regulierungsstrategien untersuchen die Autoren durch eine methodisch ungewöhnliche Kombination von Ansätzen aus der Standardisierungs- und der Bewegungsforschung. Daraus entwickeln Dobusch und Quack die Frage nach den politischen Mobilisierungseffekten für private Standards im Bereich der urheberrechtlichen Schutzrechte. Mobilisierungseffekte wiederum rekonstruieren die Autoren in vergleichender Weise als Verbindung von Organisations- und Framing-Strategien. Die politischen Landgewinne der vergleichsweise ressourcenschwachen Fair-Use Koalition gegenüber der ressourcenstarken Urheberrechtskoalition werden auf erfolgreiche Framing- und Organisationsleistungen zurückgeführt.



Im Zentrum des Beitrags von Haunss stehen die „Begründungsfiguren“ und Interpretationsschemata, die die Regulierung von Wissen und Informationsgütern prägen. Die Interpretationsweisen, die in der Diskussion über das Urheberrecht um die politische Vorherrschaft ringen, bezeichnet der Autor in Anlehnung an Goffman (1974) als frames. Relevant ist die Analyse von Framing-Strategien im Bereich des Immaterialgüterrechts vor dem Hintergrund der besonderen Eigenschaften von Immaterialgütern. Wie Haunss argumentiert, handelt es sich bei geistigem Eigentum nicht um einen substantiellen Gegenstand, sondern um das veränderliche Resultat eines politischen Aushandlungsprozesses, der die Eigentumsfähigkeit von Information und Wissen erst rechtlich herstellen muss. Framing-Strategien spielen in diesem Konstruktionsprozess eine wichtige, unter Umständen politikentscheidende Rolle. Anhand eines Vergleichs von zwei europäischen Richtlinienverfahren (Richtlinie über die Patentierbarkeit computerimplementierter Erfindungen, 2002; Richtlinien über die Maßnahmen und Verfahren zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum, 2003) untersucht der Autor, welche Argumentationsfiguren sich im Aushandlungsprozess als erfolgreich erweisen. Methodisch bedient er sich hierbei der „Political-Claims-Analyse“, einem quantitativen Verfahren zur Erhebung diskursiver Interventionen in eine politische Debatte. Im Unterschied zu interessenbasierten Untersuchungsansätzen, die die Ressourcenausstattung der Akteure als zentrale Erklärungsgröße für den Ausgang politischer Verhandlungsprozesse heranziehen, kann Haunss zeigen, dass die Konstruktion eines hegemoniefähigen, weil realitätsstiftenden „Master-Frames“ unter Umständen ausschlaggebender für den politischen Erfolg ist. Dieser Befund unterstützt die Resultate von Dobusch und Quack.

Harmonisierungsbestrebungen spielen bei internationalen Verhandlungen von Schutzrechten eine herausgehobene Rolle, weil sich die beteiligten Staaten davon größere Rechtssicherheit und eine Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels mit Informationsgütern versprechen. Der Beitrag von Eimer und Philipps untersucht die bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und Europa über eine Vereinheitlichung des Patentrechts. Den Ausgangspunkt bildet die Beobachtung, dass trotz des umfänglichen Handels zwischen den USA und Europa einerseits und einschlägigen politischen Absichtserklärungen andererseits keine Annäherung im Bereich der patentrechtlichen Regulierung zu erkennen ist. Die These des Beitrags lautet, dass die Persistenz der verschiedenen kontinentalen Regulierungspfade auf die Durchsetzungsmacht von Akteuren zurückzuführen ist, die Vorteile aus den jeweiligen Regelungen ziehen. Im Einzelnen werden drei Erklärungsansätze vorgestellt: erstens das große Gewicht der unterschiedlichen Regulierungsleitbilder, die dem europäischen und nordamerikanischen Patentrecht zugrunde liegen; zweitens die relative Stärke wirtschaftlicher Interessen, die von den nationalen Regeln profitieren sowie drittens die privilegierten Zugangsbedingungen von Harmonisierungsgegnern zur politischen Entscheidungsebene. Im Ergebnis sehen die Autoren die Annahme des historischen Institutionalismus bestätigt, demzufolge sich im Laufe der Zeit eine Wechselbeziehung zwischen Regulierungsformen und Geschäftsmodellen herausbildet, die Abweichungen von einmal eingeschlagenen Regulierungspfaden unwahrscheinlich machen.

Der Beitrag von Fernandez und Meier untersucht den Einfluss internationaler Abkommen auf die Urheberrechtspolitik der Europäischen Union. Dem „second image reversed process“ Konzept folgend gehen die Autoren von der Annahme aus, dass die europäische „Urheberrechtsagenda“ stark durch die Beteiligung der EU in der internationalen Politikentwicklung geprägt wird. Internationale Abkommen, so Fernandez und Meier, können entweder politische Zielsetzungen der EU modifizieren oder aber die Machtbalance zwischen den beteiligten Akteuren verändern. Die zentrale These der Autoren lautet, dass der Einfluss eines internationalen Regimes auf die EU vom Grad der Politisierung abhängt. Je politisierter, das heißt in diesem Zusammenhang: politisch umstrittener ein politisches Programm ist, desto geringer sein Einfluss auf die EU. Je technokratischer sich ein Regulierungsprogramm darstellt, desto stärker kann sich seine Wirkung auf die EU entfalten. Politisch umstritten wiederum sind Urheberrechtsreformen vor allem dann, wenn sie eine substantielle Umverteilungskomponente bezogen auf bestehende Rechte und Schrankenbestimmungen aufweisen. Als technokratisch gelten dagegen diejenigen Regulierungsmaßnahmen, die vor allem auf eine effektivere Durchsetzung bereits existierender Regelungen abzielen. Die Autoren prüfen und bestätigen diese Thesen anhand der Auswirkungen von zwei internationalen Abkommen (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS), 1995; WIPO Abkommen zum Urheberrecht und zu verwandten Schutzrechten, 1996) sowohl auf den relativen Stellenwert als auch die substantielle Ausrichtung der EU Urheberrechtspolitik.

## Literatur

- Anderson, Lisa. 2011. Demystifying the Arab Spring. *Foreign Affairs* 90(2): 2–7.
- Arrow, Kenneth J. 1962. Economic Welfare and the Allocation of Resources for Invention. In *The Rate and Direction of Inventive Activity. Economic and Social Factors*, Hrsg. Universities-National Bureau, 609–626. Princeton: Princeton University Press.
- Bechtold, Stefan. 2004. Digital Rights Management in the United States and Europe. *American Journal of Comparative Law* 52: 323–382.
- Beck, Ulrich. 2007. *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bell, Daniel. 1973. *The Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting*. New York: Basic Books.
- Bendrath, Ralf, und Milton Mueller (2011). The end of the net as we know it? Deep packet inspection and internet governance. *New Media & Society* 13(7): 1142–1160.
- Benkler, Yochai. 2006. *The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom*. New Haven: Yale University Press.
- Bieber, Christoph. 2010. *politik digital. Online zum Wähler*. Salzhemmendorf: Blumenkamp Verlag.
- Bieber, Christoph, Martin Eifert, et al. (Hrsg.). (2009). *Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht*. Frankfurt am Main: Campus.
- Bittlingmayer, Uwe H. 2005. „Wissensgesellschaft“ als Wille und Vorstellung. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

- Black, Julia, 2008: Constructing and contesting legitimacy and accountability in polycentric regulatory regimes. *Regulation & Governance* 2: 137–164.
- Bogner, Alexander, und Helge Torgersen. 2005. Sozialwissenschaftliche Expertiseforschung. Zur Einleitung in ein expandierendes Forschungsfeld. In *Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik*, Hrsg. Alexander Bogner und Helge Torgersen, 7–29. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Botzem, Sebastian, und Jeanette Hofmann. 2010. Transnational governance spirals: The transformation of rule-making authority in Internet regulation and corporate financial reporting. *Critical Policy Studies* 4: 18–37.
- Boyle, James. 2008. *The Public Domain. Enclosing the Commons of the Mind*. New Haven/London: Yale University Press.
- Boyle, James. 2003. The Second Enclosure Movement and the Construction of the Public Domain. *Law and Contemporary Problems* 66: 33–74.
- Busch, Andreas, und Jeanette Hofmann. 2007. *Themenvorschlag für einen PVS-Sonderband*. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Callon, Michel, und Geof Bowker. 1994. Is Science a Public Good? Fifth Mullins Lecture, Virginia Polytechnic Institute, 23 March 1993. *Science, Technology, & Human Values* 19: 395–424.
- Carlaw, Kenneth, Les Oxley, Paul Walker, David Thorns, und Michael Nuth. 2006. Beyond the hype: Intellectual Property and the Knowledge Society/Knowledge Economy. *Journal of Economic Surveys* 20: 633–690.
- Castells, Manuel. 1996. *The Rise of the Network Society*. New York: Harper.
- Castells, Manuel. 2009. *Communication power*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Dasgupta, Partha, und Paul A. David. 1994. Toward a new economics of science. *Policy Research* 23: 487–521.
- David, Paul A., und Dominique Foray. 2002. An introduction to the economy of the knowledge society. *International Social Science Journal (NWISSJ)* 54: 9–23.
- David, Paul A., und Dominique Foray. 2003. Economic Fundamentals of the Knowledge Society. *Policy Futures in Education* 1: 20–49.
- Drahos, Peter. 2004. The Regulation of Public Goods. *Journal of International Economic Law* 7: 321–339.
- Drahos, Peter, und John Braithwaite. 2002. *Information Feudalism: Who Owns the Knowledge Economy?* London: Earthscan.
- Drezner, Daniel W. 2007. *All Politics is Global. Explaining International Regulatory Regimes*. Princeton/Oxford: Princeton University Press.
- Elkin-Koren, Niva. 2002. It's All About Control: Rethinking Copyright in the New Information Landscape. In *The Commodification of Information*, Hrsg. Niva Elkin-Koren und Neil Weinstock Netanel, 79–106. The Hague: Kluwer.
- Flyverbom, Mikkel, und Sven Bislev. 2008. Internet Regulation. Multi-Stakeholder Participation and Authority. In *Critical Perspectives on Private Authority in Global Politics*, Hrsg. Hans Krause Hansen und Dorte Salskov-Iversen, 72–90. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Goffman, Erving. 1974. *Frame analysis. An essay on the organization of experience*. London: Harper and Row.

- Goldsmith, Jack, und Tim Wu. 2006. *Who Controls the Internet? Illusions of a Borderless World*. Oxford: Oxford University Press.
- Haunss, Sebastian. 2011. *Conflicts in the Knowledge Society. The Contentious Politics of Intellectual Property*. Habilitationsschrift zur Erlangung der Venia Legendi im Fach Politikwissenschaft, Universität Konstanz, Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft, unveröffentlichtes Manuskript.
- Haunss, Sebastian, und Kenneth C. Shadlen. 2009. *Politics of Intellectual Property. Contestation over the Ownership, Use, and Control of Knowledge and Information*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Heidenreich, Martin. 2003. Die Debatte um die Wissensgesellschaft. In *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*, Hrsg. Ingo Schulz-Schaeffer und Stefan Bösch, 25–51. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hess, Charlotte, und Elinor Ostrom. 2003. Ideas, Artifacts, and Facilities: Information as a Common-Pool Resource. *Law and Contemporary Problems* 66: 111–146.
- Hesse, Carla. 2002. The rise of intellectual property, 700 b.c.–a.d. 2000: An idea in the balance. *Daedalus* 2002: 26–45.
- Hippel, Eric Von. 2005. *Democratizing Innovation*. Cambridge/London: MIT Press.
- Hofmann, Jeanette. 2010. Formierung und Wandel des Politischen in der Regulierung des Internets. In *Das Planetarische. Kultur – Technik – Medien im postglobalen Zeitalter*, Hrsg. Ulrike Bergermann, Isabell Otto und Gabriele Schabacher, 175–186. München/Paderborn, Wilhelm Fink.
- Jäger, Wieland. 2007. Wissensgesellschaft. In *Handbuch Wissenssoziologie und Wissenschaftsforschung*, 662–669. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Junge, Torsten. 2008. *Gouvernementalität der Wissensgesellschaft. Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens*. Bielefeld: transcript.
- Kerwer, Dieter. 2005. Rules that Many Use: Standards and Global Regulation. *Governance* 18: 611–632.
- Knorr Cetina, Karin, und Alex Prada. 2001. The Epistemization of Economic Transactions. *Current Sociology* 49: 27–44.
- Kübler, Hans-Dieter. 2005. Mythos Wissensgesellschaft. *Gesellschaftlicher Wandel zwischen Information, Medien und Wissen. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lessig, Lawrence. 2010. For the Love of Culture. Google, copyright, and our future. *The New Republic* 26.01.2010.
- Lotan, Gilad, Erhardt Graeff, Mike Ananny, Devin Gaffney, Ian Pearce, und Danah Boyd. 2011. The Revolutions Were Tweeted: Information Flows during the 2011 Tunisian and Egyptian Revolutions. *International Journal of Communication* 5: 1375–1405.
- Luhmann, Niklas. 1992. *Die Wissenschaft der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- MacKenzie, Donald, und Graham Spinardi. 1995. Tacit Knowledge, Weapons Design, and the Uninvention of Nuclear Weapons. *The American Journal of Sociology* 101: 44–99.
- Maier, Leonhard, und Achim Wiesner. 2007. Politik und Wissen. In *Handbuch Wissenssoziologie und Wissenschaftsforschung*, Hrsg. Rainer Schützeichel, 613–622. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- May, Christopher. 2002. *The Information Society. A Sceptical View*. Cambridge: Polity Press.

- May, Christopher. 2010. *The Global Political Economy of Intellectual Property Rights. 2nd edition: The New Enclosures*. London: Routledge.
- May, Christopher, und Susan K. Sell. 2006. *Intellectual Property Rights. A Critical History*. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
- Moldaschl, Manfred, und Nico Stehr. 2010. Eine kurze Geschichte der Wissensökonomie. In *Wissensökonomie und Innovation. Beiträge zur Ökonomie der Wissensgesellschaft*, Hrsg. Manfred Moldaschl und Nico Stehr, 9–74. Marburg: Metropolis.
- Moran, Michael. 2002. Understanding the Regulatory State. *British Journal of Political Science* 32: 391–413
- Nowotny, Helga. 2005. Experten, Expertise und imaginierte Laien. In *Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik*, Hrsg. Alexander Bogner und Helge Torgersen, 33–44. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- OECD. 1996. *The Knowledge-Based Economy*. Paris, Organisation for Economic Co-Operation and Development.
- Pentzold, Christian. 2011. Imagining the Wikipedia Community. What do Wikipedia authors mean when they write about their community? *New Media & Society* 13(5): 704–721.
- Polanyi, Michael. 1958. *Personal Knowledge*. London: Routledge
- Polanyi, Michael. 1967. *The Tacit Dimension*. London: Routledge.
- Powell, Walter W., und Kaisa Snellman. 2004. The Knowledge Economy. *Annual Review of Sociology* 30: 199–230.
- Prins, J. E. J. (Corien). 2006. Property and Privacy: European Perspectives and the Commodification of Our Identity. *Information Law Series* 16: 223–257.
- Quah, Danny. 2003. Digital goods and the New Economy. In *The New Economy Handbook*, Hrsg. Derek Jones, 289–321. Oxford: Elsevier.
- Rüb, Friedbert W. 2006. Wissenspolitik. In *Methoden der Politikwissenschaft*, Hrsg. Joachim Behnke, Thomas Gschwend, Delia Schindler und Kai-Uwe Schnapp, 345–354. Baden-Baden: Nomos.
- Samuelson, Paul A. 1954. The Pure Theory of Public Expenditure. *The Review of Economics and Statistics* 36: 387–389.
- Saretzki, Thomas. 1997. Demokratisierung von Expertise? Zur politischen Dynamik der Wissensgesellschaft. In *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*, Hrsg. Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns, 277–313. Baden-Baden: Nomos.
- Saretzki, Thomas. 2005. Welches Wissen – wessen Entscheidung? Kontroverse Expertise im Spannungsfeld von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik. In *Wozu Experten? Ambivalenzen der Beziehung von Wissenschaft und Politik*, Hrsg. Alexander Bogner und Helge Torgersen, 345–369. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulz-Schaeffer, Ingo, und Stefan Böschen. 2003. Einleitung: Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. In *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft*, Hrsg. Stefan Böschen und Ingo Schulz-Schaeffer, 9–23. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Seckelmann, Margrit und Christian Bauer. 2012. *Mehr Netzbeteiligung wagen* in: *Verwaltung & Management* 18, 81-87.
- Sell, Susan K. 2003. *Private Power, Public Law. The Globalization of Intellectual Property Rights*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Shapiro, Carl, und Hal R. Varian. 1999. *Information Rules. A Strategic Guide to the Network Economy*. Boston: Harvard Business School Press.
- Siegrist, Hannes, und Isabella Löhr. 2011. Intellectual Property Rights between Nationalization and Globalization. *Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung* 21: 7–28.
- Spinner, Helmut F. 1994. *Die Wissensordnung. Ein Leitkonzept für die dritte Grundordnung des Informationszeitalters*. Opladen: Leske und Budric
- Stehr, Nico. 1994. *Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stehr, Nico 2003. *Wissenspolitik. Die Überwachung des Wissens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Stichweh, Rudolf. 2004. Wissensgesellschaft und Wissenschaftssystem. *Swiss Journal of Sociology* 30: 147–165.
- Webster, Frank. [1995] 2006. *Theories of the Information Society*. 3. Auflage. London: Routledge.
- Wehling, Peter. 2006. *Im Schatten des Wissens? Perspektiven der Soziologie des Nichtwissens*. Konstanz: UVK Verlagsanstalt.
- Weingart, Peter. 2001. *Die Stunde der Wahrheit? Vom Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft
- Weingart, Peter. 2003. *Wissenschaftssoziologie*. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Weingart, Peter, Martin Carrier, und Wolfgang Krohn. 2007. *Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft*. Weilerswist: Velbrück.
- Willke, Helmut. 2002. *Dystopia. Studien zur Krisis des Wissens in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.